

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

Wie sollen unsere Enkel im Jahre 2050 leben, wenn heute der Teufelskreis von Armut, Bevölkerungswachstum und Umwelterstörung nicht zur Kenntnis genommen wird, fragt angesichts des aktuellen Weltbevölkerungsberichts **Ingomar Hauchler MdB.**

Seite 1

Warnhinweise reichen nicht aus. Bonn muß die Verwendung von hochgiftigen Insektiziden in Innenräumen verbieten, fordert **Susanne Kastner MdB.**

Seite 2

Über ein konzertiertes Mediengespräch auf der Weser berichtet **Margitta Terborg MdB.**

Seite 3

49. Jahrgang / 158

18. August 1994

### Es geht um's Überleben unserer Enkel

Weltbevölkerungsbericht ist eine Warnung an uns alle

Von Prof. Dr. Ingomar Hauchler MdB

Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der neueste Weltbevölkerungsbericht deutet darauf hin, daß nicht die optimistischen, sondern eher die pessimistischen Erwartungen über das künftige Bevölkerungswachstum zutreffen werden. Trotz aller bisherigen Maßnahmen verzeichnen wir mit jährlich 95 Millionen Menschen mehr die höchste Zuwachsrates, die es je gab. In einer Generation wird die Weltbevölkerung von 5,7 auf 8,5 Milliarden Menschen angewachsen sein, also um 50 Prozent. Der gesamte Zuwachs wird in den Entwicklungsländern stattfinden. Während Europa stagniert, wird der gesamte Zuwachs in den Entwicklungsländern, und dort in den ärmsten Staaten stattfinden.

Der Weltbevölkerungsbericht ist eine einzige Warnung an uns alle - eine Warnung davor, den Teufelskreis von Armut, Bevölkerungswachstum und Umwelterstörung nicht zur Kenntnis zu nehmen und die Entwicklungspolitik weiterhin auf den letzten Platz der politischen Prioritäten zu setzen. Schon heute sind wir den Herausforderungen von Hunger, Gewalt und Krieg in der Welt nicht gewachsen, können in reichen Gesellschaften nicht einmal die eigenen Probleme lösen - welche Aussichten haben wir in Zukunft, abhängig wie wir weltweit sind in Wirtschaft und Umwelt - wenn wir nicht endlich mehr tun, um die Ursachen der Bevölkerungsvermehrung zu bekämpfen. Immer noch zu hoffen, wir könnten uns auf Dauer abkoppeln, ist eine politische Dummheit.

Entgegen den Forderungen der SPD hat die Bundesregierung auch keine ausreichenden Prioritäten gesetzt hinsichtlich Armutsbekämpfung und Bildung, Frauenförderung und Familienplanung - Schlüsselsektoren für das künftige Bevölkerungswachstum. Sie hat sogar ihre Zusagen für entwicklungspolitische Leistungen stetig zurückgefahren. Der Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt (0,33 Prozent) und am Bundeshaushalt (1,7 Prozent) hat trotz der dramatischen Entwicklungen inzwischen einen Tiefstand erreicht. Und der Kanzler räsoniert immer noch über die größere globale Verantwortung der Deutschen...!

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53097 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verwendete Umwelt  
mit 100% recyceltes Rohmaterial  
Recycling-Papier



Die SPD appelliert erneut an alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte, aber auch an die Journalisten und Medien in der Bundesrepublik - auch und gerade im Wahlkampf: Erkennen wir endlich, daß unser eigenes Schicksal und das Schicksal der westlichen Welt untrennbar verknüpft ist mit der Dritten Welt. Wir werden unseren Standard immer weiter einschränken müssen, wenn immer mehr Menschen die begrenzten Ressourcen dieser Welt in Anspruch nehmen müssen, um zu überleben! Und ist es nicht ein Armutszeugnis unserer modernen Welt, daß wir nicht nur kaum an die nächste Generation denken, sondern überhaupt keine Gedanken daran verschwenden an die Menschen, die im Jahr 2050 leben wollen - und das sind unsere Enkel!

Die SPD erneuert ihren Willen, mehr zu tun gegen ein zu starkes Bevölkerungswachstum. Neben einer konsequenten Armutsbekämpfung und Gesundheitsversorgung geht es vor allem darum, die Rolle der Frau und ihre Entscheidungsfreiheit zu stärken. Der Schlüssel hierfür liegt in einer Offensive für Bildung und Gleichstellung der Frauen. Nur wenn ein Minimum an sozialer Sicherung geschaffen wird und die Frauen verantwortlich selbst entscheiden können über die Zahl ihrer Kinder, kann das Wachstum der Weltbevölkerung und der Dritten Welt gestoppt werden. Also, wie der UN-Bericht sagt: mehr Macht für die Frauen, weil sie in vielen Ländern machtlos sind.

(-/18.8.1994/va-he/hgs)

\*\*\*\*\*

### **Warnhinweise sind unzureichend**

**Bundesregierung muß die Verwendung hochgiftiger Insektizide in Innenräumen verbieten**

**Von Susanne Kastner MdB**

Hochgiftige, nicht zugelassene Insektizide wie Permethrin, das zur Stoffgruppe synthetisch hergestellter Pyrethroide gehört, werden massenhaft in Wollteppichen, Insektensprays, Elektroverdunstern zur Mückenbekämpfung und zur gewerblichen Schädlingsbekämpfung angewendet. Dieser Stoff wirkt als Nervengift und kann zu Augenbrennen, Hautreizungen, Müdigkeit, Krämpfen, Taubheit an Zunge und Extremitäten führen.

Trotz alarmierender Meldungen in den Medien und Hinweisen von Medizinern und dem Bundesgesundheitsamt verharmlost die Bundesregierung die gesundheitlichen Gefahren und will lediglich eventuell durch Warnhinweise und Verwendungsbeschränkungen reagieren. Nicht die Industrie, die diese gefährlichen Gifte für den Gebrauch in Innenräumen verkauft, ist nach Meinung der Bundesregierung schuld, sondern die Verbraucher und gewerblichen Schädlingsbekämpfer, die derartige Mittel oft nicht sachgerecht anwenden und damit "gesundheitliche Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden können".

Dies ist ein Skandal, genauso wie das zu späte Verbot für Lindan und PCP in Holzschutzmitteln.

Die beschlossene Änderung der Bedarfsgegenständeverordnung sowie die angekündigte Schädlingsbekämpfungsmittel-Verordnung und die Technischen Regeln Gefahrstoffe (TRGS) "Schädlingsbekämpfung" sollen die weitere Verwendung dieser hochgiftigen Insektizide offensichtlich nicht unterbinden sondern weiter ermöglichen. Die Industrie diktiert der Bundesregierung die Maßnahmen zu Umwelt- und Gesundheitsschutz und die vergifteten Menschen dürfen sich um die Beweise für den Ursachenzusammenhang zwischen Permethrin und ihren Beschwerden bemühen.

Da dem Bundesumweltminister und dem Gesundheitsminister genügend Hinweise auf die Gefährlichkeit von Permethrin vorliegen, muß die Verwendung in Textilien und Innenräumen kurzfristig verboten werden. Das Chemikaliengesetz bietet dafür die gesetzliche Möglichkeit.

Die bestehende Gesetzeslücke für die nicht-landwirtschaftlich genutzten Chemikalien im Haushaltsbereich, die als Biozide bezeichnet werden, muß national und auf europäischer Ebene schnell geschlossen werden. Wie für Pflanzenschutzmittel müssen strenge Zulassungsvorschriften erlassen werden, die ein Inverkehrbringen von Chemikalien, die Gesundheits- und Umweltgefährdungen auslösen können, verhindern.

Der Entwurf der EU-Kommission für eine Biozid-Richtlinie wurde von Bundesrat und Bundestag grundsätzlich begrüßt, aber es müssen noch Verbesserungen und klare Kriterien für die Zulassung festgelegt werden.

Die SPD wird die Hinhaltetaktik und das Nichtstun der Bundesregierung in einer so alarmierenden Gefährdungssituation für viele Menschen nicht hinnehmen.

(-/18.8.1994/vo-ha/hgs)

\*\*\*\*\*

### Die "Eisbrecher" aus dem Norden auf Fahrt Ein politischer Reisebericht

Von Margitta Terborg MdB

Die "Eisbrecher für die Region in Bonn" starteten bei sommerlichen Wärmegraden in Bremen mit der gecharterten Barkasse des Hafen- und Wirtschaftsamt. Vier männliche und vier weibliche Abgeordnete - die Geschlechterparität war also ideal realisiert - wollten den regionalen Medien dartun, was sie in gemeinsamer Power für die Region in Bonn durchsetzen wollen. Es ergab sich eine stattliche Liste künftiger Vorhaben. Gleichzeitig wurde klar, daß es einen Regierungswechsel in Bonn brauche, wenn sich die Region stärker als bisher in der Bundespolitik durchsetzen will.

Der frühere Bremer Hafensenator Konrad Kunick, jetzt Bundestags-Kandidat für Bremen-West, redete einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Häfen das Wort. Das treffe nicht nur auf die Nordsee- und Weserhäfen zu, sondern ebenso auf Hamburg und die Ostseehäfen. Ein Drittel der Arbeitsplätze in den Hafenstädten gelte es zu sichern, mahnte der Politiker, der sich für die Steuerbefreiung der Seeleute ähnlich dem Montage-Erlaß einsetzen will.

Mit den Quotenproblemen der Hochseefischer beschäftigte sich die Bundestagsabgeordnete Ilse Janz (Bremerhaven - Bremen) und beklagte zudem die schrumpfenden Erträge der deutschen Küstenfischerei. Die Abgeordnete kann nicht sehen, daß die Interessen der Fischer in Brüssel besonders nachdrücklich vertreten werden und will dafür sorgen, daß sich das ändert. Ein weiteres Thema war für sie die Verkehrssicherheit an den deutschen Küsten. Dabei sieht sie das Heil nicht in der Privatisierung der Lotsendienste, sondern in der Modernisierung der Sicherheitseinrichtungen.

Der Bau des Wesertunnels war für Margitta Terborg ein zentrales Thema. Die Politikerin beurteilt den Beginn der Bauarbeiten optimistisch, nachdem es gelungen sei, die Weserquerung wieder in den vordringlichen Bedarf zu boxen. Margitta Terborg machte darauf aufmerksam, daß man sich rechtzeitig gegen Pläne wehren müsse, den Tunnelbenutzern eine "Mautgebühr ans Rad zu heften". Die Frage, ob der Bau des Tunnels nicht automatisch den Bau der Küstenautobahn nach sich ziehe, umging die Abgeordnete diplomatisch: Es muß keine Autobahn sein, aber ohne eine verkehrsgerechte Anbindung an die bestehenden Autobahnen mache

der Tunnel keinen Sinn. Frau Terborg schilderte den Kampf um das DASA-Werk in Lemwerder und erinnerte ihre Kolleginnen und Kollegen daran, daß der Bund mithelfen müsse, soll das Werk über 1996 hinaus gesichert werden.

Die Wirtschaftsprobleme der Region könnten nicht mehr in kommunaler Konkurrenz gelöst werden, mahnte der Abgeordnete Detlev von Larcher (Wahlkreis 28, Diepholz), der eine wahlkreisübergreifende Zusammenarbeit und regionale Interessenvertretung für unverzichtbar hält: Wir dürfen nicht die Wirtschaft der Wirtschaft überlassen, sondern müssen in Bonn zu einer Industriepolitik kommen, die eine gleichmäßige Entwicklung aller Regionen im Auge behält.

Annette Faße (Wahlkreis Cuxhaven) will in Bonn darauf drängen, daß der Küstenschutz nicht länger vernachlässigt wird. Bei gestiegenen Preisen und seit der Vereinigung verlängerten Küsten stünden dem Deichbau gleichbleibende bis schrumpfende Mittel zur Verfügung. Dabei gehe es um den Schutz von hunderten von Menschen und um Volksvermögen ins zweistellige Milliardenhöhe. Woher denn das Geld dafür komme, fragten die Journalisten. Antwort: bei einer vernünftigen Umschichtung der vorhandenen Mittel ist auch dafür Geld da, falls man die Aufgabe erkennt. Margitta Terborg kündigte an, daß im kommenden Februar die Deichbände ihres Wahlkreises in der niedersächsischen Landesvertretung die Bonner Politiker auf die Problematik aufmerksam machen werden.

Die Zukunft des Verkehrs in der Region liege nicht im Straßenbau, konstatierte der Bundestagsabgeordnete Dietmar Schütz (Oldenburg), wobei er die Weserquerung und einige notwendige Verbesserungen im Straßennetz von dieser Aussage ausnahm. Das Schwergewicht sei auf die Modernisierung des Eisenbahnnetzes zu legen und auf eine Anbindung der Region an die Schnellverkehrsverbindungen. Schütz sieht ferner die Notwendigkeit, den Jadehafen über einen Kanal mit der Weser zu verbinden.

Die Einbeziehung Wilhelmshavens in die Expo 2000 ist für die Abgeordnete Gabriele Iwersen kein Traum mehr, sondern fast schon Realität. Sie verdeutliche den Nutzen für die ganze Region und erinnerte daran, daß man angesichts der zu erwartenden Besuchermassen intelligente Verkehrslösungen finden müsse, um etwa durch einem Ticket-Verbund (Eintrittskarten mit Bahn-Fahrkarten) einen Verkehrsfarkt zu vermeiden. Die Abgeordnete hofft auf die Kooperation ihrer Kolleginnen und Kollegen, wenn es um die zivile Zukunft des Hafens geht.

Die Schweinepest und andere Tierseuchen sind für den Abgeordneten Günter Graf (Wahlkreis Vechta/Cloppenburg) ein Signal dafür, daß die Landwirtschaftspolitik umgestellt werden muß. Die SPD werde die Förderung agrarischer Industriebetriebe gänzlich einstellen und stattdessen direkte Einkommenshilfen für landwirtschaftliche Familienbetriebe geben. Den Tierseuchen könne nur mit Impfungen wirksam Paroli geboten werden sagte der Abgeordnete und beklagte, daß das Bonner Agieren im Veterinärausschuß der Europäischen Union nach Meinung aller Experten ein Trauerspiel gewesen sei.

Es war ein konzentrierter und gleichzeitig streifreier Dialog zwischen den Abgeordneten und den Medienvertretern, der auch eine fröhliche Komponente bekam, als die Abgeordnete Margitta Terborg ihren Beitrag zur politischen Streitkultur vorstellte. Im "Socken-Zeitalter" kreierte sie die "demokratische Ringelsocke", am rechten Ärmel zu tragen, die alle Parteifarben, außer Braun enthält. Dazu ein Verkehrszeichen, daß die politische Sympathie des Trägers kundmacht. Bei Frau Terborg hatte links Vorfahrt, für ihre Kolleginnen und Kollegen natürlich auch.

(-/18.8.1994/vo-he/hgs)

\*\*\*\*\*